

Krieg gegen Jugoslawien (Kosovo): Was ist passiert?

von Dr. Peter Becker, RA in Marburg

Am 25. März 1999 begann die NATO unter Beteiligung der Bundeswehr mit der Bombardierung der Bundesrepublik Jugoslawien, eingeschlossen das Kosovo. In den neun Kriegswochen absolvierten die Bündnispartner 38.004 Flüge mit 14.112 Luftschlägen und 27.410 abgeworfenen Bomben¹. Bundesverteidigungsminister Scharping rechtfertigte die Bombardierung damit, dass *„über 400.000 Menschen auf der Flucht sind, dass allein im Kosovo 250.000 Menschen auf der Flucht sind, dass viele Dörfer brennen ... Eine humanitäre Katastrophe muss beendet werden“*². War das richtig, was war geschehen?

Das Kosovo war eine serbische Provinz, in der jedoch nur 10 % der Bevölkerung serbisch- und über 80 % albanischstämmig waren. In der Verfassung Jugoslawiens hatte das Kosovo daher einen Autonomiestatus. Dieser wurde von der Regierung Milosevic aber im Jahr 1989 aufgehoben. Bürgerbewegungen traten aber weiter für Autonomie ein. Die Auseinandersetzungen führten im Jahr 1992 zur Suspendierung der Teilnahme Jugoslawiens an der KSZE. Daraufhin wurde eine KSZE-Mission für das Kosovo und andere Provinzen eingerichtet, die aber kurz danach wieder beendet wurde. Im Jahr 1997 traten erstmals uniformierte UCK-Kämpfer („Befreiungsarmee des Kosovo“) auf, einer albanischstämmigen Freiheitsbewegung. Anfang 1998 erklärte sich die UCK zur „bewaffneten Kraft der Albaner“, die bis zur Vereinigung des Kosovo mit Albanien kämpfen werde. Es kam zu Kämpfen zwischen serbischen Sicherheitskräften und der UCK. Die Kosovo-Albaner hielten Parlamentswahlen ab. Der amerikanische Sonderbotschafter Holbrooke traf sich mit UCK-Kämpfern. Am 31. März befasste sich der Sicherheitsrat mit der Lage im Kosovo und erließ Auflagen für die jugoslawischen Sicherheitskräfte, die überwiegend beachtet wurden. Die albanische Seite ließ von ihren gewaltsamen Aktionen hingegen nicht ab. Das ihr auferlegte Waffenembargo wurde praktisch nicht eingehalten. Bis Mitte 1998 hatte die UCK 30 bis 40 % des Kosovo unter ihrer Kontrolle – noch war das Kosovo serbische Provinz! Daraufhin begann eine serbisch-jugoslawische Offensive gegen die UCK. Die NATO warnte Jugoslawien. Milosevic erklärte die Operationen der Sicherheitskräfte für beendet. Am 06. Oktober lud der jugoslawische Außenminister die OSZE ein, eine Mission in das Kosovo zu schicken. Am 13. Oktober unterzeichneten Holbrooke und Milosevic eine Vereinbarung über eine umfassende internationale Kontrolle im Kosovo. Am gleichen Tag wurde aber ein Einsatzbefehl für NATO-Luftangriffe gegen Jugoslawien gegeben.

¹ Hofmann, Die ZEIT vom 30.09.1999, S. 8.

² Zitate nach Loquai, Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg, 1. Aufl. 2000, 132 f.; vgl. auch Olschewski, Der Krieg um den Kosovo. Serbiens neue Schlacht um das Amselfeld, 2000.

Am 27. September hatte Rot/Grün in der Bundestagswahl gesiegt. Noch vor der Regierungsübernahme reisten der zukünftige Bundeskanzler Schröder und der zukünftige Außenminister Fischer zur amerikanischen Außenministerin Albright. Diese erklärte den Deutschen, eine kriegerische Auseinandersetzung mit Jugoslawien sei unvermeidlich. Am 16. Oktober stimmte der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit einer deutschen Beteiligung an Luftangriffen gegen Jugoslawien zu. Am gleichen Tag wurde aber ein Abkommen über die Kosovo-Verifikationsmission (KVM) zwischen OSZE und dem jugoslawischen Außenminister getroffen. Der Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der CDU-Bundestagsabgeordnete Wimmer, informierte sich intensiv über die Verhältnisse im Kosovo. Der deutsche pensionierte Brigadegeneral Heinz Loquai wurde von der OSZE als Abrüstungsexperte und Beobachter für das Kosovo engagiert. Im Jahr 2000 legte er ein Buch vor, das sich sehr detailreich und belegt mit den Monaten beschäftigt, die zum Krieg führten³. Loquai stellte fest, dass sich die Jugoslawen an das Abkommen Holbrooke gehalten hätten, die UCK aber nicht.

Am 15. Januar 1999 kam es zum „Massaker von Racak“, einem kleinen Dorf im Kosovo, das die UCK zu einer Festung ausgebaut hatte. Am 16.01. morgens fand der Leiter der KVM, der US-Amerikaner William Walker in einem Hohlweg die Leichen von mehr als 20 Männern, die *„offenkundig dort hingerichtet wurden“*. Er verdächtigte die Serben eines unerhörten Massakers. Die Presse griff das auf. Die US-Außenministerin Albright nannte es ein *„galvanisierendes Ereignis“*. Der deutsche Außenminister Fischer wird später sagen *„Racak war für mich der Wendepunkt.“*

Tatsächlich hatte es sich aber nicht um ein Massaker an wehrlosen Zivilisten gehandelt, sondern um ein Gefecht zwischen UCK-Kämpfern und serbischem Militär, dem etwa 40 Kämpfende zum Opfer gefallen waren. Die Auseinandersetzung wurde von einem KVM-Mitarbeiter beobachtet. Journalisten von „Le Monde“ und „Le Figaro“ kamen zu dem Ergebnis, die UCK habe die Toten zu einem Haufen von mehr als 40 Leichen arrangiert, um so den Eindruck eines Massakers zu erzeugen. Diese Version wurde von einem Film gestützt, den ein Kamerateam des TV-Ablegers der Nachrichtenagentur AP aufgenommen hatte. Ein finnisches Pathologen-Team, das die Toten später untersucht hat, fand keine Hinrichtungsspuren, etwa Genickschüsse.

Dennoch kam es zunächst zu Verhandlungen im Rambouillet bei Paris, wo ein Abkommen zwischen den NATO-Staaten, Jugoslawien und UCK hergeführt werden sollte. Die NATO

³ A.a.O., Fußnote 20.

verlangte allerdings von Jugoslawien Freizügigkeit im ganzen Kosovo, eine Bedingung, die kein souveräner Staat akzeptiert hätte, wie Rudolf Augstein im SPIEGEL schrieb⁴.

Da das Abkommen scheiterte, begann der Krieg, den die NATO-Staaten als „humanitäre Intervention“ zugunsten der Kosovo-Albaner rechtfertigten. Tatsächlich betätigte sich die NATO allerdings als „Luftwaffe der UCK“. Dabei hatte es gar keine humanitäre Katastrophe gegeben. Das Auswärtige Amt hatte nämlich in mehreren Lageberichten für Asylverfahren völlig andere Feststellungen getroffen: *„Im Kosovo selbst hat sich die schwierige humanitäre Situation etwas entspannt ... Kampfhandlungen im Kosovo wurden von beiden Seiten mit militärischen Mitteln geführt ... Wiederholt gemeldete ‚Massaker‘ und Meldungen über ‚Massenflucht‘ ... konnten durch internationale Beobachter bislang nicht bestätigt werden“⁵. „Derzeit ist eine steigende Tendenz bei der Rückkehr der innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien geflohenen Personen an ihre Wohnsitze zu verzeichnen“⁶. „Gestern (08. Januar) hat die UCK im Kosovo einen Anschlag auf eine serbische Polizeikolonne verübt, bei dem mindestens drei Personen getötet und weitere Personen verletzt worden sind ... Die OSZE-KVM hat das Vorgehen der UCK als verantwortungslos gekennzeichnet und festgestellt, dass es im direkten Gegensatz zur Zusage der UCK steht, sich zurückzuhalten ...“⁷. „Ein explizit an der albanischen Volkszugehörigkeit anknüpfende politische Verfolgung ist auch im Kosovo nicht festzustellen“⁸. „Wie im Lagebericht vom 18.01.1998 aufgeführt, hat die UCK seit dem Teilabzug der (serbischen) Sicherheitskräfte im Oktober 1998 ihre Stellungen wieder eingenommen ...“⁹. Diese Auskünfte hat die IALANA der Presse zugänglich gemacht und so offengelegt, dass die Behauptungen der Bundesregierung von der „humanitären Katastrophe“ im Kosovo falsch waren.*

Hier liegt ein Grund – neben dem Veto Russlands –, warum der Sicherheitsrat keine Resolution beschlossen hat, die die NATO zur Kriegsführung ermächtigt hätte. Dieses Manko wurde in der Bundestagsdebatte vom 16. Oktober 1998 von den Abgeordneten Hirsch (FDP), Ströbele (Grüne) und Gysi (PDS) auch angesprochen. Den Bundestagsabgeordneten war bewusst, dass sie dem ersten Krieg unter Beteiligung der Bundeswehr ohne Sicherheitsratsermächtigung zustimmten. Der Abgeordnete Volmer, in der neuen Regierung Staatsminister im AA, begründete seine Stimmenthaltung damit, dass *„die notwendige völkerrechtliche Grundlage für ein Eingreifen der NATO nicht gegeben ist. Das Fehlen eines Sicherheitsratsbeschlusses kann nicht durch andere Rechtskonstruktionen aufgehoben werden ... Der*

⁴ DER SPIEGEL, 18/1999, S. 24: „Militärische Bedingungen ..., die kein Serbe mit Schulbildung hätte unterschreiben können.“

⁵ AA-Auskunft vom 18.11.1998.

⁶ AA-Auskunft vom 06.01.1999 an das Verwaltungsgericht Ansbach.

⁷ AA-Sprecher Erdmann am 09.01.1999.

⁸ AA-Auskunft vom 12.01.1999 an das VG Trier.

⁹ AA-Auskunft vom 15.01.1999 an das VG Mainz, 9 Tage vor Kriegsausbruch

*Selbstmandatierung von Militärbündnissen ist Tür und Tor geöffnet.*¹⁰ Verteidigungsminister Scharping versuchte während des Krieges mit der angeblichen Entdeckung eines „Hufeisenplans“ zur Vertreibung albanischstämmiger Bevölkerung aus dem Kosovo eine weitere Rechtfertigung. Loquai machte aber aufgrund eigener Feststellungen publik, dass dieser Plan eine Erfindung des Bundesverteidigungsministeriums war¹¹. Das Ministerium rächte sich, indem es den Vertrag Loquais mit der OSZE nicht verlängerte.

Die Selbstmandatierung ist der Punkt: Die „humanitäre Intervention“ als Rechtfertigung für einen Krieg, der weder als Selbstverteidigung noch auf Basis einer Sicherheitsratsresolution geführt wird, verletzt das Gewaltverbot der Charta¹². Es kann daher kaum Zweifel geben, dass die Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO von der Sache her nicht geboten war – ganz abgesehen von der Unverhältnismäßigkeit der Maßnahme. Die Rechtfertigung als „humanitäre Intervention“ kann nicht gelingen. Vielmehr sind Völker- und Verfassungsrecht verletzt. Das hat der CDU-Abgeordnete Wimmer in den richtigen Zusammenhang gestellt: *„Wenn wir nicht zu der globalen Rechtsordnung zurückkehren, bekommen wir das Faustrecht“*¹³. Bemerkenswert ist auch ein Brief Wimmers vom 02.05.2000 an Bundeskanzler Schröder, in dem er von einer Konferenz in der slowakischen Hauptstadt Bratislava berichtet, an der zahlreiche prominente US-Politiker teilnahmen: *„Der Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien sei geführt worden, um eine Fehlentscheidung von General Eisenhower im Zweiten Weltkrieg zu revidieren. Eine Stationierung von US-Soldaten habe aus strategischen Gründen dort nachgeholt werden müssen.“*¹⁴ In der Tat ist jetzt im Kosovo das amerikanische „Camp Bondsteel“ eingerichtet. Die UCK hat im übrigen ihr strategisches Ziel erreicht: Das Kosovo erklärte sich mit US-amerikanischer und EU-Unterstützung zum unabhängigen Staat. Dagegen klagt Russland vor dem IGH¹⁵.

¹⁰ Loquai, a.a.O., 121.

¹¹ Vgl. dazu die Panorama-Sendung im NDR vom 18.05.2000 (Mitschrift beim Verfasser).

¹² Deiseroth, „Humanitäre Intervention“ und Völkerrecht, NJW 1999, 3084, mit zahlreichen weiteren Nachweisen; vgl. auch Kreß, Staat und Individuum in Krieg und Bürgerkrieg, NJW 1999, 3077, der Rechtfertigungen versucht.

¹³ Willy Wimmer, CDU-MdB, von 1988 – 1992 Staatssekretär im Verteidigungsministerium, im Interview „Die Amerikaner empfinden sich als Nachfolger Roms“, strategische Konfliktmuster auf dem Balkan, Blätter für deutsche und internationale Politik 2001, 1054.

¹⁴ Beim Verfasser.

¹⁵ Vgl. dazu die Untersuchung der IALANA ...